

Fragebogenaktion zur Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam

I. Einleitung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen spielt eine immer wichtigere Rolle in unserer Gesellschaft. Junge Menschen haben ein Recht, an der Gestaltung ihrer Lebenswelt beteiligt zu werden. Mit Themen, die für Kinder und Jugendliche ganz besonders wichtig sind, z.B. Spiel- und Sportplätze, Umwelt, Verkehr, Schule oder Freizeit, beschäftigt sich auch die Stadtverwaltung Potsdam. Mittels einer Befragung wurde nun erhoben, inwieweit die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in der Verwaltung eine Rolle spielt.

Im Jahr der Familie setzt der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendringes erneut das Thema auf die Tagesordnung, die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung für eine stärkere Beteiligung junger Menschen am Verwaltungshandeln zu gewinnen. Das Vorhaben wird unterstützt von der bundesweiten Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendringes wird vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie für die Initiierung von Beteiligungsaktionen finanziert und führt auch direkte Foren mit Kindern und Jugendlichen durch.

Im Zeitraum März bis April 2010 haben der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro die Stadtverwaltung Potsdam – deren Fachbereiche und Bereiche – zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung am Verwaltungshandeln mittels eines umfangreichen Fragebogens, der per E-Mail versendet wurde, befragt.

1. Aufruf im März: 13 Antworten (von 86) = ca. 15% Beteiligung an der Befragung
2. Aufruf im April: 36 Antworten (inkl. der 13 von März) = ca. 42 % Beteiligung an der Befragung

Ergänzend zum Fragebogen wurden den Verwaltungsbereichen auch Informationen zu den gesetzlichen Grundlagen von Kinder- und Jugendbeteiligung sowie zum Nutzen der Partizipation zur Verfügung gestellt. Der Prozess, die Stadtverwaltung für ein Mehr an Beteiligung zu bewegen wird durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (09/SVV/1147) flankiert, welcher den Oberbürgermeister beauftragt, bis Jahresende 2010 einen Bericht zur Kinder- und Jugendbeteiligung am Verwaltungshandeln gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro zu erarbeiten.

Zudem wird mit einem verwaltungsinternen Fachtag am 22. Juni 2010 zum Thema der Stadtverwaltung Potsdam eine Veranstaltung geboten, die darstellt, welche Erfahrungen mit Kinder- und Jugendbeteiligung es bereits gibt und Ideen dafür bündelt, welche Möglichkeiten und Perspektiven es für die Zukunft gibt.

Die Umfrage ist nicht repräsentativ.

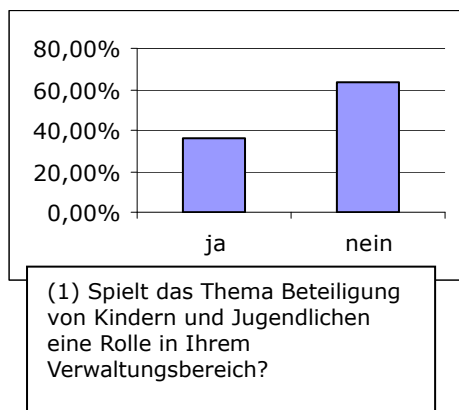
II. Ergebnisse der Befragung der Stadtverwaltung Potsdam

1. Bei rund einem Drittel spielt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Verwaltungshandeln eine Rolle

Frage 1: Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung in den Verwaltungsbereichen

Laut eigener Aussage spielt bei 36 % der befragten Verwaltungsbereiche das Thema *Kinder- und Jugendbeteiligung eine Rolle*, darunter

- das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt,
- die Zentrale Steuerungsunterstützung,



- der Fachbereich Schule und Sport,
- der Fachbereich Kultur und Museum,
- die Stadt- und Landesbibliothek,
- die Musikschule,
- die Geschäftsstelle Potsdamer Sicherheitskonferenz,
- die Straßenverkehrsbehörde,
- der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie,
- der Fachbereich Feuerwehr,
- der Bereich Gesundheits- und Veterinärwesen,
- der Bereich Grünflächen sowie
- der Bereich Stadterneuerung.

Für die überwiegende Mehrheit (64 %), spielt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (noch) keine Rolle.

2. Gut ein Drittel hat Erfahrungen mit der Beteiligung junger Menschen

Frage 2: Erfahrungen mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Fragen 3 und 6: Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte und deren Methodik

Bei der Frage, ob die betreffenden Verwaltungsbereiche über *Erfahrungen mit Kinder- und Jugendbeteiligung* verfügen, haben rund ein Drittel (37 %) mit ja geantwortet.

Konkrete *Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte*, bei denen die Stadtverwaltung involviert war bzw. diese sogar eigenhändig organisierte und durchführte, gab es bereits eine ganze Menge: Aufgelistet wurden dabei Erfahrungen aus elf unterschiedlichen Verwaltungsbereichen mit mehr als 30 verschiedenen Projekten in den letzten Jahren.

Beispiele:

- die Kinder- und Jugendbeteiligung am Bürgerhaushalt,
- die bunte Gestaltung einer Turnhalle auf Grundlage der Initiative von Kindern,
- die Jugendbeteiligung rund um die Entscheidung für freiLAND im Rahmen der „Jugendsoziokulturkrise“ oder
- verschiedene Planungsbeteiligungen von Kindern und Jugendlichen (Bibliothek, Spielplätze, Wohnhof)

Deutlich zeigte sich, dass bei mehr als der Hälfte der Projekte, die im Fragebogen aufgezählt wurden, das Kinder- und Jugendbüro (Stadtjugendring Potsdam e. V.) involviert war.

Es zeigt sich zudem, dass die Stadtverwaltung bereits *verschiedener methodische Ansätze* von Kinder- und Jugendbeteiligung mit unterschiedlichen Stufen der Partizipation angewendet hat, u. a.

- Planungsworkshop,
- Modellbau,
- Zukunftswerkstatt,
- Beteiligung an der Umsetzung von Planungsvorhaben (z.B. Gestaltung, Bau),
- Information/ Befragung/ Anhörung von Kindern und Jugendlichen bei Planungsvorhaben (z.B. durch Fragbögen oder Vor-Ort-Gespräche),
- Stadtteilversammlungen,
- Patenschaft für eine Kinder-/Jugendinitiative,
- Kinderforum,
- einrichtungsspezifische Beteiligungsmethoden wie den Orchesterrat in der Musikschule sowie monatliche Treffen der Jugendfeuerwehren.

3. Kinder und Jugendliche werden selten an Planungen beteiligt

Frage 4: Häufigkeit von Kinder- und Jugendbeteiligung in planerische Entscheidungsprozesse

Es gibt bereits vielfältige Erfahrungen mit Beteiligungsprojekten mit und auf Initiative von Kindern und Jugendlichen in einigen Verwaltungsbereichen. Bezogen auf die *Häufigkeit der Partizipationschancen der Jüngsten in planerische Entscheidungsprozesse* sieht es dagegen eher verhalten aus:

Während bei der *Ideenlieferung* im Rahmen von Planungen Kinder- und Jugendliche immerhin bei fünf der befragten Verwaltungsbereiche „oft“ und bei drei Ressorts „gelegentlich“ beteiligt werden:

- Zentrale Steuerungsunterstützung – Bürgerhaushalt,
- Musikschule,
- Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz,
- Bereich Grünflächen,
- Bereich Stadterneuerung,
- Bibliothek,
- Fachbereich Kinder, Jugend und Familie,
- Feuerwehr,

sinkt mit fortschreitendem Planungs- und Umsetzungsprozess auch die Häufigkeit der Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sich selbst einzubringen bzw. mitzuwirken.

So bezieht nur der Bereich Grünflächen Kinder und Jugendliche „sehr oft“ in die *Planungsphase* mit ein, der Bereich Stadterneuerung sowie die Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz „oft“.

Auf die Frage, wie häufig Kinder und Jugendliche *bei Entscheidungen* mitbestimmen dürfen, haben insgesamt sechs Verwaltungsbereiche geantwortet: wirklich „oft“ (und „gelegentlich“) partizipieren Kinder und Jugendliche in dieser hohen Stufe der Beteiligung im Bereich Grünflächen, der Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz sowie der Musikschule.

Wenn es um die Beteiligung in der *Realisierungsphase* der Planungen geht, gibt es noch deutliche Potentiale: nur in der Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz werden Kinder und Jugendliche dann „oft“ und im Fachbereich Feuerwehr sowie im Bereich Stadterneuerung „gelegentlich“ beteiligt.

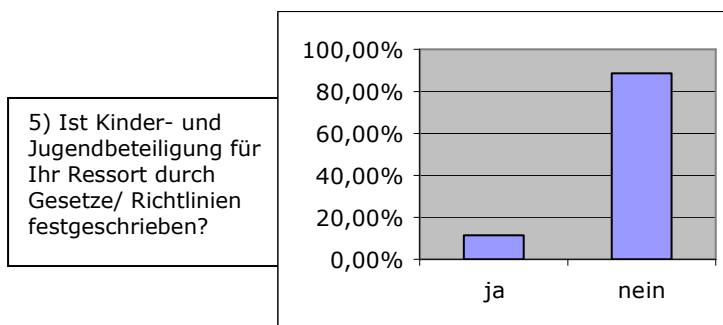
4. Vielen Verwaltungsbereichen sind gesetzliche Grundlagen von Kinder- und Jugendbeteiligung nicht bewusst

Frage 5: Gesetzliche und strukturelle Verankerung von Beteiligung

Ein markantes Ergebnis der Befragung zeichnet sich hinsichtlich der *gesetzlichen Verankerung* von Kinder- und Jugendbeteiligung ab. Hier meldeten:

- der Fachbereich Schule und Sport
- die Musikschule
- der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und
- der Fachbereich Feuerwehr

zurück, dass die Partizipation dort gesetzlich festgeschrieben ist. Dies entspricht 11 % der Antworten. Demnach ist für 89 % der Fachbereiche und Bereiche, die an der Befragung teilgenommen haben, eine Verankerung durch Gesetze oder Richtlinien nicht darstellbar



Kinder- und Jugendbeteiligung ist laut Aussagen der Befragten in keinem der befragten Verwaltungsbereiche durch *Beschlüsse* festgeschrieben.

In der Stadt- und Landesbibliothek sowie im Fachbereich Feuerwehr (entspricht ca. 6%) ist sie in *Arbeitsplatzbeschreibungen* verankert.

Im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und in der Straßenverkehrsbehörde (konkrete Schulwegprobleme) beauftragen die *Vorgesetzten* die Kinder- und Jugendbeteiligung (ca. 6%).

5. Kinder- und Jugendbeteiligung ist Querschnittsthema! – Erste Anfänge sind auch in der Stadtverwaltung Potsdam sichtbar

Frage 7: Ressortübergreifende Zusammenarbeit

Die Verwaltungsbereiche, die sich zum Thema bereits *ressortübergreifend* orientiert und vernetzt haben, sind

- die Stadt- und Landesbibliothek,
- der Fachbereich Kultur und Museum,
- die Geschäftsstelle Potsdamer Sicherheitskonferenz,
- die Straßenverkehrsbehörde,
- der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie,
- der Bereich Gesundheits- und Veterinärwesen,
- der Bereich Grünflächen,
- die AG Brücken sowie
- der Bereich Stadterneuerung.

Zum Thema Spielplätze scheint es die festesten Strukturen zu geben – so existiert eine AG Spielräume als Querschnitts-AG tangierter Verwaltungsbereiche und freier Träger.

6. Es ist keine Bürgerkommune für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche entwickelt

Frage 8: Bürgerkommune

Das Querschnittsanliegen „Bürgerkommune“ und „Bürgerbeteiligung“ von Kindern und Jugendlichen wird aus Sicht der befragten Verwaltungsbereiche „kaum“, „unzureichend“ oder „eher nicht“ kommuniziert und vermittelt. Vielen Befragten war eine Antwort zu dieser Frage nicht möglich.

7. Kinder- und Jugendbeteiligung ist eher selten Thema der Mitarbeiterqualifizierung und Öffentlichkeitsarbeit

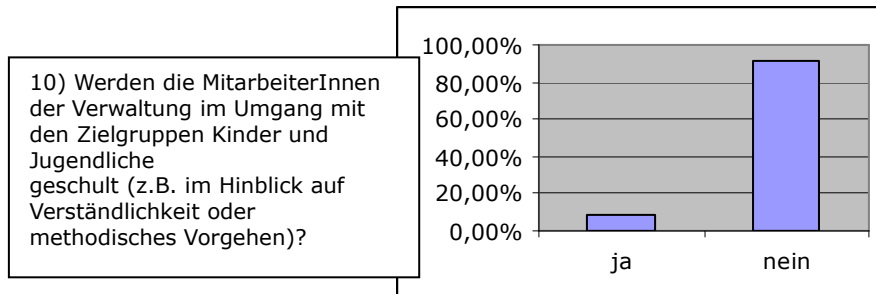
Fragen 9, 10 und 14: Motivation und Schulung der MitarbeiterInnen zu Kinder- und Jugendbeteiligung; Kommunikation der Offenheit für Kinder und Jugendliche nach außen

Es wurde danach gefragt, inwiefern *MitarbeiterInnen der Verwaltung speziell motiviert* werden, Kinder- und Jugendbeteiligung in ihren Handlungsfeldern umzusetzen: 97% der Antwortenden haben diese Frage verneint.

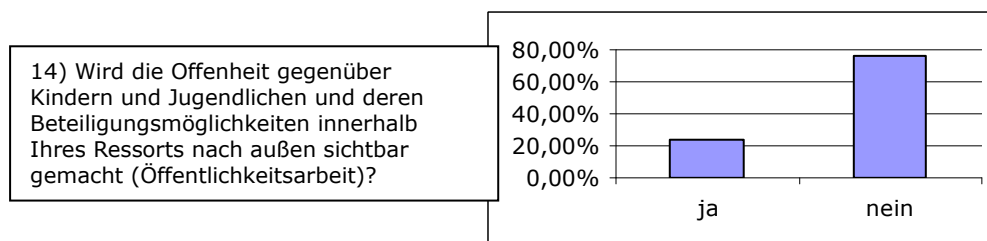
Ebenso stellt sich die Situation dar, ob MitarbeiterInnen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen *speziell geschult* werden: während dies

- in der Stadt- und Landesbibliothek,
- in der Musikschule sowie
- im Fachbereich Feuerwehr (Jugendfeuerwehren)

als Einrichtungen, die direkten Kontakt Kindern und Jugendlichen haben, geschieht, gibt es bei 91% keine speziellen Schulungen.



Knapp ein Viertel der Verwaltungsbereiche *kommunizieren ihre Offenheit* gegenüber Kindern und Jugendlichen sowie deren Beteiligungsmöglichkeiten nach außen.



8. Austausch mit anderen Kommunen erfolgte bei einem Fünftel der BefragungsteilnehmerInnen

Frage 12: Austausch mit anderen Kommunen

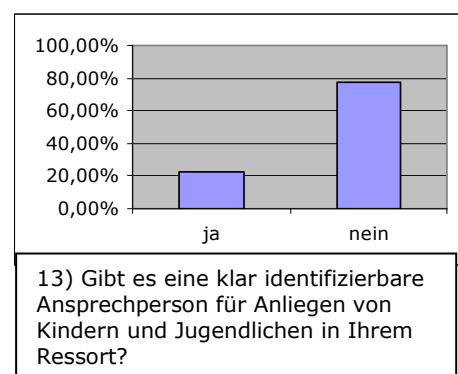
Rund 20 % der Verwaltungsbereiche, die geantwortet haben, haben sich zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung bereits mit KollegInnen aus *anderen Kommunen ausgetauscht*.

9. Auf der Suche nach der richtigen Ansprechpartnerin/ dem richtigen Ansprechpartner sind gute Anfänge erkennbar

Frage 13: AnsprechpartnerInnen für Anliegen von Kindern und Jugendlichen

In acht Verwaltungsbereichen (22,22%) gibt es bereits *konkrete AnsprechpartnerInnen für Kinder- und Jugendbeteiligung*:

- Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Zentrale Steuerungsunterstützung
- Fachbereich Kultur und Museum
- Stadt- und Landesbibliothek
- Musikschule
- Geschäftsstelle Potsdamer Sicherheitskonferenz
- Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- Fachbereich Feuerwehr



10. Mehr als ein Viertel benennt Potentiale für „Mehr“

Frage 15: Zukunftsperspektiven für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung

Gute 27 % der Befragten können Bereiche und Themen identifizieren können, bei denen sie sich eine *stärkere Kinder- und Jugendbeteiligung* wünschen.

Dies wären z.B. Ideen wie

- Infoveranstaltungen an Schulen zum Thema Fachkräftesicherung (Bereich Wirtschaftsförderung),
- Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung beim Bürgerhaushalt (Zentrale Steuerungsunterstützung),
- Kommunalwahlrecht ab 16 Jahre durch Änderung des Brand. Kommunalwahlgesetzes (Bereich Wahlen und Statistik) oder
- Vermehrte Beteiligung bei der Veranstaltungsplanung bei soziokulturellen Zentren (Fachbereich Kultur und Museum).

Die Ideen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung, die

- das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt,
- der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie,
- der Bereich Gesundheit und Veterinärwesen sowie
- der Bereich Stadterneuerung

nennen, verdeutlichen, dass diese Verwaltungsbereiche Beteiligung als ein Querschnittsthema verstehen, da diese über die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche hinausgeht. So schlagen sie z.B. vor, Kinder und Jugendliche bei Themen

- der Stadt(-teil)entwicklung/ Baugestaltung/ Schulhofgestaltung/ Spielplatzgestaltung/ KiTa-Planung/ Wohnhofgestaltung,
- der Umwelt,
- der Kultur,
- des Verkehrs,
- des Sports (Sportentwicklungsplanung)

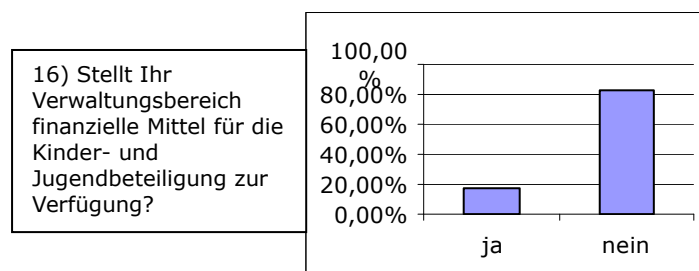
vermehrt und umfangreich einzubeziehen.

11. Kinder- und Jugendbeteiligung muss finanziert werden

Frage 16: Finanzierung von Kinder- und Jugendbeteiligung

Sechs Verwaltungsbereiche und damit knapp 17 % der Befragten stellen *finanzielle Mittel für die Kinder- und Jugendbeteiligung* zur Verfügung. Diese sind:

- Zentrale Steuerungsunterstützung (im Rahmen des BüHH-Budgets)
- Bereich Steuern (Steuereinnahmen als allgemeine Finanzierungsmittel)
- Stadt- und Landesbibliothek
- Geschäftsstelle Potsdamer Sicherheitskonferenz
- Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- Fachbereich Feuerwehr



12. Großes Interesse an einem verwaltungsinternen Fachtag

Frage 17: Interesse an Veranstaltung zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung

Mehr als die Hälfte der TeilnehmerInnen an der Befragung (53 %) hat Interesse an einer Fachveranstaltung zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung.

III. Fazit zu den Befragungsergebnissen

Kinder- und Jugendbeteiligung ist in der Stadtverwaltung (k)ein Thema!

Einige Verwaltungsbereiche haben signalisiert, dass Partizipation der jüngsten EinwohnerInnen eine *Rolle* in ihrem *Verwaltungshandeln* spielt. Darunter waren die Bereiche, die klassisch entweder mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam arbeiten, wie z.B. die Musikschule, oder deren Belange als Verwaltung regeln.

Für die überwiegende Mehrheit der Befragten ist Kinder- und Jugendbeteiligung jedoch kein Thema. Das ist nachvollziehbar, da nicht jeder Verwaltungsbereich die Interessen von Kindern und Jugendlichen berührt (z.B. Bereiche wie Steuern, Bußgeldkasse oder Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt).

Doch auch einige Bereiche, die aus Sicht des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie und des Kinder- und Jugendbüros kinder- und jugendrelevante kommunale Aufgabenbereiche abdecken, haben die Frage nach Beteiligung von Heranwachsenden verneint. So ist z.B. beim Kommunalen Immobilien Service, der mit dem Bau vieler Schulhöfe und KiTa-Gelände beauftragt ist, die Relevanz von Partizipation nicht erkennbar.

In Bezug auf *Planungsbeteiligungen* gibt es noch reichlich Ausbaupotenziale: Gut ist, dass Kinder und Jugendliche an Angeboten speziell für sie (z.B. beim Thema Spielplätze/ Bolzplätze, Schulhofplanungen, Gestaltung der Kinder- und Jugendbibliothek, Planung eines „Bewegten Weges“) schon beteiligt werden.

Ausbaufähig dagegen ist die Partizipation insbesondere bei komplexeren Planungen, die nicht nur Kinder und Jugendliche betreffen (Verkehr, Bauen, Stadtentwicklung etc.). Hieran werden Heranwachsende laut der Befragung kaum beteiligt. Eine Ausnahme stellt die Beteiligung am Modellwohnhöfen (Bereich Stadterneuerung) dar, an der auch erwachsene BewohnerInnen mitgewirkt haben.

Das *KiJu-Büro* (Stadtjugendring Potsdam e.V.) ist in viele der Beteiligungsprojekte eingebunden. So konnte es seit seiner Gründung 2006 bereits zahlreiche kommunale Beteiligungsprojekte aktiv anschieben und unterstützen.

Bezogen auf die *MitarbeiterInnen der Verwaltung* lässt sich erkennen, dass diese zwar persönlich oft motiviert sind, Kinder- und Jugendliche zu beteiligen bzw. deren Anliegen ernst zu nehmen. Diese Motivation bleibt jedoch auf der persönlichen Ebene und ist nicht strukturell verankert. Es ist zu vermuten, dass Kinder- und Jugendbeteiligung oft noch kein Thema in der Verwaltung ist, weil das Wissen dazu fehlt, da MitarbeiterInnen im Umgang mit Heranwachsenden so gut wie nicht geschult werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist gesetzlich (nicht) verankert?!

Laut der Befragung ergibt sich das Bild, Kinder- und Jugendbeteiligung wäre nur teilweise *gesetzlich verankert*. Dass dem nicht so ist, zeigt ein Blick in die Gesetzestexte. Kinder- und Jugendbeteiligung ist vielfältig gesetzlich verankert: Angefangen bei der UN-Kinderrechtskonvention über das Grundgesetz, den Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das Baugesetzbuch, Ländergesetze wie etwa die Brandenburgische Kommunalverfassung oder die Gemeindeordnung bis hin zum Potsdamer Beschluss von 2005, dass Kinder- und Jugendbeteiligung (damals noch als Kinder- und Jugendkonferenz) gefördert werden soll.

Der Stadtverwaltung Potsdam ist diese gesetzliche Verpflichtung zu Kinder- und Jugendpartizipation wenig bewusst und es deutet sich ein „Nachholbedarf“ an. Eine kinder- und jugendfreundliche Auslegung der Gesetzestexte, die z.B. auch Kinder und Jugendliche als EinwohnerInnen betrachtet, lässt sich nicht erkennen. BürgerIn sein beginnt meist erst mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter. Doch wäre es wünschenswert und wesentlich, Kinder und Jugendliche in ihren Bereichen, an ihren Orten als die besten ExpertInnen für ihre Lebenswelt anzuerkennen. Sie sind die Gesellschaft von morgen und können für sich selbst sprechen – das Recht darauf ist gesetzlich verankert.

Gute Anfänge für Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema

Es gibt gute Ansätze für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Potsdam. Die AG Spielräume hat sich, bezogen auf die *ressortübergreifende Zusammenarbeit*, als feste Struktur dargestellt und vereint Verwaltungsbereiche und freie Träger aus den Bereichen Kinder/Jugend, Grünflächen, Schule/Sport, Gesundheit, Graffiti. Ebenso gibt es die AG Jugend-/Soziokultur, die die Verwaltung mit Stadtpolitik, JugendvertreterInnen und Kulturträgern zusammen bringt. Seit Beginn der „Jugendsoziokulturkrise“ 2008 hat sich diesbezüglich eine umfassende Netzwerkstruktur aufgebaut.

Es gibt jedoch eine große Zahl von Verwaltungsbereichen, die zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung noch nicht vernetzt sind. Es kann noch keine Rede davon sein, dass Beteiligung in der Verwaltung durchgängig als Querschnittsthema erkannt und gehandhabt wird. Einige Kooperationsbeziehungen haben sich ergeben – welche Qualität diese haben und wie oft sie genutzt werden, ließ sich aus der Befragung aber nicht ableiten.

Ein positiv zu stimmender (aber auch ausbaufähiger) Aspekt sind die (immerhin) acht festen AnsprechpartnerInnen, die als konkrete Kontakte in die Verwaltung für Kinder und Jugendliche und verwaltungsexterne Partner wie das Kinder- und Jugendbüro zur Verfügung stehen. Diese Kontaktmöglichkeiten sollten vermehrt öffentlich kommuniziert und auch in weiteren Bereichen angeboten werden.

Und was bringt die Zukunft?

Viele, auch bisher wenig in die Kinder- und Jugendbeteiligung involvierte Verwaltungsbereiche, haben Ideen für eine stärkere Partizipation von Heranwachsenden. Das stimmt sehr positiv, sollten sie tatsächlich aufgegriffen und umgesetzt werden. Trotz allem bleiben immerhin fast 73 % der Verwaltungsbereiche übrig, die mit dem Status quo zufrieden sind. Für viele ist Beteiligung kein Thema – bei einigen Bereichen lassen sich aus durchaus zahlreiche und auch umfangreiche Ansätze für Beteiligung entwickeln.

Welche Hemmschwellen für mehr Kinder und Jugendpartizipation in der Stadtverwaltung bestehen, sollte mit möglichst breiter Beteiligung der Verwaltung thematisiert werden. Je breiter, öfter, umfassender Kinder- und Jugendbeteiligung thematisiert wird, desto größer ist die Chance auf Etablierung.

Das Kinder- und Jugendbüro steht auch in Zukunft der Verwaltung zur Seite, wenn es um die Beratung zu Möglichkeiten der Kinder- und Jugendbeteiligung oder um konkrete Beteiligungsprojekte geht – allerdings geht das nur im Rahmen der begrenzt zur Verfügung stehenden Kapazitäten. Natürlich sind auch andere PartnerInnen zu identifizieren und zu nutzen, die zu dem Thema Beteiligung arbeiten haben. Ob mit oder ohne PartnerInnen – Kinder- und Jugendbeteiligung funktioniert nur mit zeitlichen, personellen, materiellen sowie Wissens-Ressourcen.

Kindern und Jugendlichen kann man Demokratie nicht lehren! Kommunen, die Kinder und Jugendliche früh an sie betreffenden Fragen beteiligen, profitieren doppelt: Sie verbessern ihre Angebote, weil sie Kinder und Jugendliche als Experten in eigener Sache einbinden. Gleichzeitig stärken sie die Demokratieorientierung der jungen Generation.